

# Es geht um die Zukunft der repräsentativen Demokratie

Der Reaktorunfall in Fukushima hat nicht nur die Energiepolitik in Deutschland verändert, sondern auch die Rationalität der Entscheidungen in repräsentativen Demokratien in Frage gestellt. Buchstäblich über Nacht haben sich alle Parteien darauf geeinigt, aus der Kernenergie auszusteigen. Doch dieser Konsens ist so wenig durchdacht wie die Verlängerung der Laufzeiten der Kernreaktoren im vergangenen Sommer: Auch vor Fukushima war bekannt, dass das Restrisiko der Kernenergie hoch ist. Und schon im Sommer hatte das Gutachten der Bundesregierung gezeigt, dass es keinen volkswirtschaftlich vernünftigen Grund gab, die Laufzeiten zu verlängern. Sie war ein Geschenk an die Versorger. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten zeigen sich hilflos, weil sie der Öffentlichkeit weder die Gründe für die Verlängerung der Laufzeiten erklären können noch den Ausstieg aus der Kernenergie.

Darum werden die Beratungen über die Zukunft der Energieversorgung in Kommissionen verlagert. Die Ethikkommission hat die Aufgabe, wissenschaftlich zu begründen, was die große Mehrheit der Deutschen ohnehin denkt. Manche Beobachter sind daher zum Schluss gekommen, die Bundeskanzlerin hätte im Handstreich aus der repräsentativen Demokratie eine direkte Demokratie gemacht, denn die in Umfragen geäußerte Abwendung der Be-

völkerung von der Atomenergie wird unmittelbar Regierungspolitik. Dieser vermeintliche Konsens ist jedoch brüchig, weil er offenlässt, wie künftig Energiesicherheit, Klimaschutz und Wirtschaftlich-



Ottmar Edenhofer ist Chef-Ökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und Professor an der Technischen Universität Berlin

Foto Matthias Lüdecke

keit unter einen Hut gebracht werden sollen. Da die gangbaren Wege zu diesen Zielen noch nicht hinreichend bekannt sind, werden Fehler unvermeidbar sein.

Die repräsentative Demokratie steht daher vor der Aufgabe, schneller und effektiver aus Fehlern und Erfolgen zu lernen. Hierzu bedarf es jedoch einer neuen Arbeitsteilung von Wissenschaft und Politik.

Die Arbeitsteilung zwischen Politik und Wissenschaft kann aber nicht so funktionieren, wie sie sich in der herkömmlichen Politikberatung eingespielt hat: Die Politik legt die Ziele fest, und die Wissenschaft macht die Mittel ausfindig, mit deren Hilfe diese Ziele erreicht werden können. Gesellschaftliches Lernen bedeutet, dass im Licht von Wirkungen und Nebenwirkungen der eingesetzten Mittel auch die Ziele neu bewertet und eventuell neue Mittel gefunden werden müssen, um Zielkonflikte zu entschärfen. So zeigt die Debatte um die Biokraftstoffe, wie schnell Klimaschutzziele mit dem Ziel einer preiswerten Nahrungsmittelversorgung in Konflikt geraten können. Um brauchbarere Entscheidungsgrundlagen zu schaffen, müssen sich Wissenschaft und Politik auf einen Lernprozess einlassen, der nicht damit beginnt, dass die Politik Ziele fixiert, und der auch nicht damit endet, dass die Wissenschaft die passenden Mittel findet. Es bedarf einer fortwährenden Reflexion über Mittel und Ziele.

Ein vielversprechender Ansatz hierfür kommt aus Großbritannien, wo seit 2008 ein unabhängiger und permanenter Expertenrat klima- und energiepolitische Ziele vorschlägt und die Regierung bei der Durchsetzung dieser Ziele regelmäßig berät. Auf die aktuelle energiepolitische Debatte übertragen, könnte man sich Folgendes vorstellen: Der Bundestag richtet per

Gesetz einen ständigen Rat für nachhaltige Energie- und Klimapolitik ein. Dieser Rat hat im Wesentlichen zwei Aufgaben: Er schlägt dem Parlament kurz-, mittel- und langfristige klima- und energiepolitische Ziele vor. Damit würde festgelegt, zu welchem Zeitpunkt wie viel Emissionsreduktion erreicht werden soll, wie hoch der Anteil der erneuerbaren Energien sein soll, wie der Netzausbau, die Forschung zu Speichertechnologien und die Steigerung der Energieeffizienz vorangetrieben werden können.

Entscheidend ist, dass der Rat nicht nur einen Weg vorschlägt, sondern dem Bundestag mehrere gangbare Alternativen vorträgt. Der Bundestag sollte dann nach einer ausführlichen öffentlichen Debatte eine Alternative wählen und gesetzlich verabschieden. Damit wäre vor allem erreicht, dass sich alle Entscheidungsträger und auch die Öffentlichkeit mit den Alternativen beschäftigen. Denn demokratischer Konsens sollte nicht dadurch zustande kommen, dass Politiker erklären, ihre Entscheidungen seien alternativlos – im Gegenteil, es wird aus den gangbaren Alternativen ausgewählt. Hierzu zählt freilich auch, dass die Kosten und Risiken der verschiedenen Möglichkeiten von den Experten aufgezeigt werden.

Der Rat hat seine Aufgabe nicht erledigt, sobald die Würfel einer politischen Entscheidung gefallen sind. Vielmehr soll-

te er jedes Jahr einen Bericht darüber vorlegen, in welchem Umfang die Ziele erreicht wurden und ob die Ziele verändert werden müssen. Der Rat könnte eine Internetplattform einrichten, in der eine öffentliche Diskussion moderiert wird, wie sich diese Politik in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft ausgewirkt hat. Die Energie- und Klimapolitik käme jährlich auf den Prüfstand: Ohne diese Überprüfung kann kein Mensch lernen, und auch Demokratien können nicht lernen, wenn sie sich keine Klarheit darüber verschaffen, was sie erreicht haben. Es kann sein, dass sich manche Zielvorgaben als unrealistisch erweisen, manche Mittel als zu teuer. Die regelmäßige Berichtspflicht würde den Entscheidungsträgern die Wirkungen ihrer Beschlüsse vor Augen führen. Damit wäre die Chance gegeben, dass Politiker ihre Entscheidungen korrigieren können, jedoch nicht auf der Basis demoskopischer Vermutungen, sondern unter Angabe überzeugender Gründe.

Dies könnte ein erster Schritt sein, die repräsentative Demokratie zu erneuern und neues Vertrauen zu schaffen. Der Rat könnte helfen, Landkarten für eine nachhaltige Zukunft zu erstellen. Landkarten ersetzen nicht das Reisen, und Landkarten sind kein Schutz gegen die Überraschungen des Reisens. Aber ohne Landkarten dreht man sich im leicht im Kreis oder endet im Sumpf.